

Eine Woche Krieg in der Ukraine: Ein geschundenes Land, Sanktionen und die Nato ist zurück

Die 156 Meter lange Jacht „Dilbar“ des russischen Oligarchen Alischer Usmanow liegt für Reparatur- und Wartungsarbeiten in einem Dock der Werft Blohm + Voss in Hamburg. Medien berichteten, das 600-Millionen-Dollar teure Schiff sei von den Behörden in Hamburg im Rahmen der europaweiten Sanktionen gegen russische Superreiche beschlagnahmt worden. Aber das ist nicht so, denn der Hamburger Senat kann das gar nicht entscheiden. Zuständig sind das Bundeswirtschaftsministerium in Berlin und die Generalzolldirektion in Bonn.

Usmanows Yacht liegt also erstmal da herum, und dass der Mann als beinhardter Unterstützer des russischen Präsidenten Wladimir Putin gilt, macht die Sache in diesen Zeiten auch für ihn nicht besser.

Der Krieg, den Putin in der Ukraine angezettelt hat, beschäftigt zunehmend auch das benachbarte Europa und damit Deutschland, die 14 osteuropäischen Nato-Mitgliedsländer ebenso wie die 16 angestammten westlichen Nato-Staaten. Und die ganze Welt ist empört über das zunehmend irrationale Vorgehen Russlands.

Nie wurde das so deutlich wie gestern in der Vollversammlung der Vereinten Nationen. 141 der 193 Mitgliedsstaaten stimmten der Resolution zu, mit der Russland zur sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen gegen die Ukraine aufgefordert wurde, 35 Mitgliedsländer enthielten sich und ganze fünf auf diesem Planeten stimmten gegen die Resolution: Russland selbst, Belarus, Syrien, Nordkorea und Eritrea. Na, herzlichen Glückwunsch, möchte man da Moskau zurufen bei diesen Verbündeten.

Interessant ist auch, dass sich die Atommächte China und Indien enthielten, weil doch unsere Putin-Fans ganz sicher sind, dass „der Chinese“ natürlich auf Seiten Russlands steht gegen den verhassten Westen. Ich denke nicht, dass China so kalkuliert, weil die ganz eigene Gedanken über die zukünftige Weltordnung und die eigene Rolle darin haben. Aber lassen wir das Spekulieren.

Die Ukraine kann alleine – auch mit Waffen aus Deutschland – diesen Krieg nicht gewinnen. Sie kann den Preis für spätere Verhandlungen hoch treiben, und das macht Präsident Selenskyj bisher bravourös. Heute fanden in Belarus zum zweiten Mal Friedensgespräche zwischen den Kriegsparteien statt, ohne dass irgend etwas in Sachen Frieden tatsächlich vereinbart wurde. Wer hätte das auch ernsthaft erwartet?

Immerhin man einigte sich auf humanitäre Korridore, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln im Kriegsgebiet sicherzustellen. Und um den sicheren Abzug von Zivilisten zu ermöglichen, die nur noch raus wollen. Angeblich haben bereits eine Million Menschen die Ukraine verlassen, 500.000 von Ihnen sind in Polen untergekommen. Großen Respekt vor unseren Nachbarn!

Wenn jemand einen Krieg beginnt, gibt es immer drei Möglichkeiten, wie sich die direkten Nachbarn verhalten können.

Wegsehen und nichts tun? Das ist für niemanden in diesem Konflikt eine Option. Militärisch eingreifen? Dafür gibt es keine Grundlage, weil die Ukraine nicht Mitglied der NATO ist und auch überhaupt niemand im Westen einen Krieg mit der Atommacht Russland führen will. Selbst wenn in einem solchen Fall – was sehr wahrscheinlich ist – die NATO die Oberhand behielte, wäre unser ganzer Kontinent eine einzige Trümmerwüste und es gäbe vielleicht Millionen Todesopfer, wenn überhaupt jemand überlebt. Das will Putin auch nicht, wird dann gesagt, doch Putin macht seit Wochen Dinge, von denen alle angenommen haben, er würde es nicht tun.

Die dritte Möglichkeit erleben wir gerade. Viele Länder beschließen gemeinsam, den Aggressor zu bestrafen oder/und zum Einlenken zu bewegen, durch Nadelstiche unterhalb der Schwelle eines heißen Krieges. Geldvermögen einfrieren, Reisemöglichkeiten beschränken, Geschäftsbeziehungen abbrechen, internationalen Zahlungsverkehr massiv einschränken, Technologietransfer unterbinden. Das schafft wenig Freude im Land des Aggressors, erst rückt man auch da natürlich demonstrativ zusammen. Denn wer will schon das eigene Land verraten?

Aber auf Sicht, wenn die Sanktionen wirken, wenn einflussreiche Oligarchen nicht mehr an ihre Vermögen (oder Yachten) kommen, sie ihre Kinder auf teuren Privatschulen in London und ihre Geliebten in Luxusapartments nicht mehr besuchen können, dann nervt das irgendwann. Und genervte aber einflussreiche Oligarchen wollen irgendwann auch, dass das mal endet. Ob dieser Plan aufgeht? Ich weiß es nicht, aber es ist ein Plan.

Womit ich wirklich große Bauchschmerzen habe, das sind Einschränkungen für russische Bürger hier bei uns. Wenn Supermärkte keine russischen Dosensuppen mehr anbieten, dann wird das Putin nicht beeindrucken. Was soll das also?

Wenn in München der Stardirigent Valery Gergiew bei den Philharmonikern rausfliegt, einfach weil er Putin-Freund ist und sich nicht laut genug distanziert hat, dann geht das gar nicht. Weil Intendant Benedikt Stampa und Oberbürgermeister Dieter Reiter ihre persönliche Erwartungshaltung über das, was Valery denken und tun sollte, zum Maßstab für seine Weiterbeschäftigung nehmen. So etwas sollte in einer Demokratie nicht möglich sein.

Also: Hoffen wir, dass die Kämpfe endlich abflauen!

Militärexperten sagen: 150.000 Soldaten reichen bei weitem nicht aus, die ganze Ukraine in den Griff zu bekommen, schon gar nicht im Griff zu behalten. Der erstaunlich massive Widerstand im Westen der Ukraine müsste Herrn Putin klarmachen, dass er sich das nicht einmal wünschen sollte. Dauernd diese Holzkisten in die Heimat, das kommt auch in Russland nicht an. Den Osten der Ukraine hat er oder wird er in wenigen Tagen komplett unter Kontrolle haben. Die Krim hat er 2014 bereits widerrechtlich einkassiert in sein Reich. Auch dort fehlt mir die Phantasie, wer das wie rückgängig machen sollte.

Tausende Menschen sind in dieser ersten Woche auf beiden Seiten getötet worden, der materielle Schaden in den Städten ist enorm. Es wäre an der Zeit, ernsthaft zu versuchen, das Töten und Zerstören zu beenden und eine Lösung am grünen Tisch zu vereinbaren, die beiden Seiten irgendwie gerecht wird

oder mit denen sie wenigstens leben können.

Für mich ist erstaunlich, dass Putin wirklich mit so brachialer Gewalt vorgegangen ist und vorgeht. Aber genauso beeindruckt bin ich vom Widerstand in der Ukraine selbst. Das hat Herr Putin mit Sicherheit so nicht erwartet. Und was mich besonders freut: Der Westen ist wieder da. Trump und Macron hatten noch vor zwei Jahren die Notwendigkeit der NATO in Zweifel gezogen. Jetzt ist die NATO wieder ganz oben, Moldavien, Georgien, Finnland und Schweden liebäugeln mit der Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis.

Und Deutschland? Die Etablierten schreiten Seit' an Seit', beschließen im Vorübergehen einen Sondervermögen von 100 Milliarden für die Modernisierung der Bundeswehr, was sehr, sehr, sehr nötig ist. Das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsaufgaben wird ab jetzt immer eingehalten, sagt man uns. Und Olaf Scholz redet im Parlament über Russland wie zuletzt John F. Kennedy. Und als ich jetzt Annalena Baerbock in der UN-Vollversammlung reden gehört habe, musste ich unwillkürlich an Lara Croft aus dem bekannten Computerspiel denken. Nicht zu fassen, welche Metamorphosen innerhalb einer einzigen Woche möglich sind auch hier bei uns in Deutschland.

Der Hacker-Angriff auf diesen Blog hat uns beunruhigt, aber wir sind wieder da. Noch ein bisschen Fleißarbeit zum Rekonstruieren verlorengangener Texte und zerschossener Funktionen - jetzt geht es ohne Pause weiter. Eine gute Gelegenheit, Sie noch einmal um Unterstützung für unsere Arbeit zu bitten. Spenden Sie auf PayPal über @KelleKlaus oder auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18. Vielen Dank!

Abschuss MH17: Kein begründeter Zweifel daran, was passiert und wer schuldig ist

In Amsterdam beginnt heute der Prozess um den Abschuss eines Passagierflugzeugs über der Ukraine am 17. Juli 2014. Die Maschine war unterwegs von Amsterdam nach Kuala Lumpur und wurde in zehn Kilometer Höhe von einer Flugabwehrrakete getroffen. 298 Menschen starben.

Vier Männer sollen verantwortlich für die Tragödie sein, drei Russen und ein pro-russischer Separatist aus der Ukraine. Keiner von Ihnen wird vor Gericht erscheinen, weil Russland die Auslieferung verweigert. Klar, verweigert Russland die Auslieferung. So wie Russland jegliche Mitwirkung an den Ermittlungen verweigert hat. So wie bewaffnete russische Milizen die Absturzstelle unmittelbar nach dem Abschuss hermetisch abriegelten und sowohl ukrainischen als auch niederländischen Ermittlern Zugang zu dem Gelände verweigerten. Wer nichts zu verbergen hat, verhält sich anders.

Ich habe in meinem ganzen Journalistenleben nicht eine zweite solche schlüssige Indizienkette gesehen, wie in diesem Fall. Zehntausende Telefonate wurden ausgewertet, Hunderte Zeugen werden in den nächsten Monaten in Amsterdam verhört. Und wer die Schuld trägt, daran gibt es keinen Zweifel,

wenngleich ich nicht behaupten will, dass Russland bewusst den Abschuss angeordnet hat. In einem solchen schmutzigen Krieg mit Söldnern passieren solche Dinge, nicht nur auf russischer Seite. Jeder weiß das. Aber warum geben sie es nicht zu? Wegen zu erwartender Schadenersatzzahlungen an die Hintergeliebten in hoher Millionenhöhe? Allein die albernen **Fälschungen**, mit denen Russland versuchte, die Verantwortung für den Abschuss dem Kriegsgegner Ukraine zuzuschieben, belegen, was für ein abgekartetes Spiel da lief und bis heute läuft.

Die Rechercheure des britischen Journalistengruppe **Bellingcat** haben in akribischer Recherche nachgewiesen, dass Flug MH 17 von einer russischen Buk-Rakete getroffen wurde. Eine mobile Abschussrampe mit vier Raketen war zuvor von russischen Söldnern in die Ostukraine und unmittelbar nach dem Abschuss wieder außer Landes nach Russland gebracht worden. Das alles ist belegt mit zahlreichen Fotos und Videos aus öffentlich zugänglichen Quellen. Eine gute Zusammenfassung finden Sie [hier](#).

Und [hier](#)

Die Zeitung „de Volkskrant“ schreibt, dass russische Agenten des Militärgeheimdienstes GRU auf Mitglieder des Untersuchungsteams angesetzt wurden, um ihnen manipulierte „Belege“ zuzuspielen. Eigentlich alles so wie immer, in der guten alten Zeit, nur dass das damals noch KGB hieß...

Der Senat wird das Richtige tun

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat vergangene Nacht wie erwartet die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Donald Trump beschlossen. Der Anklagepunkt „Amtsmissbrauch“ wurde mit 230 gegen 197 und der zweiten Punkt „Behinderung des Kongresses“ mit 229 gegen 198 Stimmen beschlossen. Die beiden Fraktionen – man kann wirklich inzwischen von verfeindeten Lagern sprechen – stimmten nahezu geschlossen ab.

Trump wütet auf Twitter und vor Fernsehkameras gegen die demokratische Gegenspielerin Nancy Pelosi („Schande“, „Schandfleck“), und die Demokratin keift zurück, Trump habe ihnen (den Demokraten) durch sein Verhalten keine andere Wahl gelassen.

Letztlich wird das Ganze ausgehen wie das berühmte Hornberger Schießen – viel Getöse und am Ende verfliegt der Pulverdampf, ohne das wirklich etwas passiert. Trump hat in aktuellen Umfragen zugelegt, wohl nicht, weil er so ein bürgerlicher und sympathischer Kerl ist, sondern weil die Leute solches Hickhack einfach nur satt sind. Es ist politisches Schattenboxen mit dem einzigen Ziel, Trump öffentlich

vor der nächsten Präsidentschaftswahl zu beschädigen. Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

Wurde ein Impeachment-Verfahren gegen George W. Bush wegen des völkerrechtswidrigen zweiten Irakkrieges eingeleitet? Natürlich nicht. Amerikanische Präsidenten müssen – anders als Frau Merkel und Bundes-Heiko – nicht über Krieg und Frieden entscheiden. Deutschland hält sich raus, wenn es brenzlig wird, und gibt anderen gute Ratschläge. Der mächtigste Mann der Welt kann sich nicht verdrücken, er muss auch einer Verantwortung gerecht werden, die den Globus insgesamt im Blick hat.

Was hat Trump Böses getan? Er hat Druck auf den Präsidenten der Ukraine ausgeübt, Ermittlungen – kurz gesagt – gegen den Sohn eines möglichen Konkurrenten einzuleiten. Und um den Druck zu erhöhen, hat er zugesagt Militärhilfe vorübergehend stoppen lassen. Ist das sauber? Natürlich nicht. Ist das Machtpolitik? Absolut. Ist das ein Grund für ein Amtsenthebungsverfahren? Bullshit.

Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin ein unbedingter Fan des Rechtsstaates. Gerade wenn man die Führungsnation der westlichen Demokratien sein will (und ist), muss man die eigenen Spielregeln einhalten. Ein Prüfverfahren für das Impeachment in dieser Sache ist natürlich gerechtfertigt. Und am Ende eine öffentliche Rüge für den Dealmaker im Weißen Haus mit Androhung eines weiteren Amtsenthebungsverfahrens bei Wiederholung – meinetwegen. Aber den amerikanischen Präsidenten aus dem Amt zu jagen, weil er telefoniert und Druck auf einen anderen Staat ausgeübt hat, das ist absurd. So etwas machen Staaten irgendwo auf der Welt jeden Tag.

Ich denke, der Senat wird nun das Richtige tun.

Erster Wahlgang in der Ukraine

Wolodymyr Selensky und Petro Poroschenko müssen in die Stichwahl. Der eine ist Präsident der Ukraine und will es unbedingt bleiben. Der andere ist Komiker, Schauspieler und „Polit-Neuling“. Allerdings führte der Neuling gestern nach dem ersten Wahlgang mit 30 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen 17,8 Prozent für den amtierenden Präsidenten. Würde mich ziemlich nerven, wenn ich Poroschenko wäre. Immerhin: Ex-Regierungschefin Julija Tymoschenko landete mit 14,2 Prozent auf dem dritten Platz. Ihre politische Karriere dürfte damit endgültig beendet sein.

Weitere gute Nachrichten:

1) Die Wahl verlief nach internationalen Standards offenbar korrekt und fair. Einige wenige Manipulationsversuche gab es, aber das hatten wir auch in Deutschland schonmal.

2) Nach dem Wahlgang sagte Selensky: „Heute beginnt ein neues Leben – ohne Korruption, ohne

Schmiergeld.“ Damit bewies der Ukrainer, dass er tatsächlich viel Humor hat.

Die schlechte Nachricht:

Im Donezk und Luhansk in der Region Donbass konnten die Bürger nicht wählen, weil dort nach wie vor Separatisten unterstützt von russischen Söldnern einen Krieg gegen die Ukraine führen, dem bisher fast 12.000 Menschen zum Opfer fielen. Poroschenko und Selensky versicherten am Wahlabend gemeinsam, dass sie die territoriale Unversehrtheit ihres Landes wieder herstellen wollen – eingeschlossen der von Russland völkerrechtswidrig annektierten Halbinsel Krim.

Gastspiel Hedwig von Beverfoerde: Geliehene Bäuche und gekaufte Kinder

Verrückte Zeiten: Einerseits stellen Leute lauthals die Forderung auf, auf Kinder zu verzichten, um das Klima zu schützen und andererseits behaupten Leute ebenso lauthals, ein Recht auf ein Kind um jeden Preis zu haben. Zwei extreme Gegensätze? Nicht unbedingt. Beide Positionen sind nicht nur egoistisch, sondern missachten gleichermaßen den unschätzbaren Wert des menschlichen Lebens.

Das Kind ist nicht mehr die wunderbare Frucht der gegenseitigen Liebe von Mann und Frau, wodurch eine Familie, die schützenswerte Keimzelle der Gesellschaft, begründet wird. Nein, nach den obigen Vorstellungen ist ein Kind nichts anderes als ein Produkt im Warenkorb eines vermeintlich selbstbestimmten Lebens. Es kann künstlich geplant, künstlich gezeugt oder künstlich verhindert werden – je nachdem, ob es gerade in den persönlichen Lifestyle oder die herrschende Ideologie passt oder nicht. Und – fällt die Entscheidung PRO Kind, will man auch über Geschlecht, Augen- und Haarfarbe sowie soziale und charakterliche Fähigkeiten des „Wunschkindes“ entscheiden können.

Schwarzmalerei? Mitnichten. Die sogenannte Reproduktionsmedizin schreitet mit Siebenmeilenstiefeln voran und schafft Möglichkeiten, die kaum ein Science-Fiction-Autor zu träumen gewagt hätte. Aber muss etwas erlauben werden, nur weil es möglich ist? Die meisten Menschen würden das entschieden verneinen. Aber allzu oft wird dabei die beliebte Salami-Taktik übersehen. Aktuell werden wieder einige Scheibchen abgeschnitten.

Anfang März fanden in Berlin bereits zum dritten Mal die „[Kinderwunsch Tage](#)“ statt. Hinter diesem netten Begriff verbargen sich zahlreiche internationale Unternehmen und Kliniken, die dort ihre teuren und moralisch höchst fragwürdigen technologischen Methoden anboten, um den Wunsch nach einem Kind zu erfüllen – um jeden Preis, wie es scheint.

Unter den Angeboten fanden sich Praktiken, die in Deutschland verboten sind, wie zum Beispiel

Leihmutterschaft, Embryonenspende und Eizellenspende. Die Aussteller kamen zwar aus Ländern, in denen diese Maßnahmen erlaubt sein mögen, in Deutschland ist Werbung für zum Beispiel Leihmutterschaft aber untersagt. Die Veranstalter behaupten zwar, lediglich neutrale Informationen anzubieten, die Realität auf der Messe sah allerdings anders aus.

In den kurzen Vorträgen und den zahlreichen Infomaterialien wurde für die verschiedenen Angebote im Ausland geworben. Fotos von Leihmüttern und Eizellenspenderinnen wurden gezeigt, die medizinischen und hygienischen Standards der Kliniken vorgestellt und die verschiedenen „Pakete“ erläutert, die man dort bestellen kann. Von „all inclusive Leihmutterschaftsprogrammen“ für 55.000 Euro in der Ukraine oder „Garantien“ auf Nachwuchs durch „unbegrenzte“ Versuche der künstlichen Befruchtung war die Rede. Außerdem sprach man offen von „Embryonen-Züchtung“ und „genetisch geschädigten“ Kindern. Kinderproduktion und -handel ist eben ein knallhartes Geschäft.

Die Politik scheint das wenig zu stören, im Gegenteil: Bundesjustizministerin [Katarina Barley](#) (SPD) und die [Grünen](#)-Bundestagsfraktion forderten jüngst die abstammungsrechtliche Gleichstellung lesbischer Paare (Stichwort „Mit-Mutterschaft“) und damit die Auflösung biologischer und natürlicher Elternschaft, während die [FDP](#) bereits die Legalisierung von Leihmutterschaft und Eizellenspende verlangt. Juristische Präzedenzfälle werden ebenfalls geschaffen: Mitte März entschied das [Oberlandesgericht Frankfurt](#), dass das von einer ukrainischen Leihmutter ausgetragene Kind von seiner Bestell-Mutter in Deutschland adoptiert werden darf.

Die menschenverachtenden Folgen von Leihmutterschaft werden in dieser Debatte oft ausgeblendet. Die Ausbeutung vieler Leihmütter, die Degradierung des Ungeborenen zur Ware, die Tötung zahlreicher ungeborener Kinder durch fehlgeschlagene „Transfers“, die Identitätskonflikte der Kinder – alles kein Problem?

Dabei war all dies abzusehen. Seit dem Dammbbruch der Ehe-„Öffnung“ im Juni 2017 gibt es kein Halten mehr: Neben einer weiteren „Öffnung“ zur Viel-Ehe für mehrere Erwachsene und für Verwandte nahmen interessierte Kreise sofort auch die Legalisierung der Leihmutterschaft als nächsten Durchbruch ins Visier. Denn vor allem homosexuelle Männer-Paare, die ein Kind wollen, sind auf Eizellenspende und Leihmutterschaft angewiesen. Und die Nachfrage steigt: In der [F.A.Z.](#) berichtete vor wenigen Tagen ein Rechtsanwalt, er habe in den letzten fünf Jahren über ein Drittel mehr Anfragen von Paaren erhalten, die in Deutschland als rechtliche Eltern eines Kindes anerkannt werden wollen, das von ausländischen Leihmüttern auf die Welt gebracht wurde.

Ist die Entwicklung also unvermeidlich? Müssen wir akzeptieren, daß ethische Schranken vom technologischen Fortschritt einfach überrollt werden und können nur tatenlos zusehen?

Keineswegs. In unserer Demokratie ist immer noch der Bundestag verantwortlich für die Gesetze. Es lohnt sich also, sich für die Würde der Frau und das Wohl des Kindes einzusetzen. Als *Aktionsbündnis für Ehe & Familie - DemoFürAlle* haben wir deshalb eine aufrüttelnde Film-[Dokumentation](#) über Leihmutterschaft produziert. Politiker und Juristen sollten sich die dramatischen Hintergründe und gefährlichen Folgen des Leihmutter-Geschäfts unbedingt ansehen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie [hier](#)...

Die Ukraine hat gewonnen - wenn auch erstmal nur beim Singen

Was viele Menschen nicht wissen: Auch Journalisten haben Gefühle. Am ersten Weihnachtstag 1979 marschierte die Armee der gern von ihr selbst und nur von ihr selbst „friedliebend“ genannten Sowjetunion in Afghanistan ein. In den folgenden Monaten gab es ein Eishockeyspiel zwischen der favorisierten Sowjetunion und der USA. Ich weiß nicht mehr, was der Anlass dieses sportlichen Kräftemessen war. Aber ich kann mich noch an die Fernsehbilder erinnern, als hätte ich sie gestern Abend gesehen und nicht vor 36 Jahren. Eishockey ist ein Sport, bei dem es ordentlich zur Sache geht. Körperkontakt ist erwünscht und die Schutzanzüge sind aus gutem Grund dick gepolstert. Das Spiel war mitreißend, von deutlicher Aggressivität geprägt, und überraschenderweise gewannen die noch vergleichsweise unerfahrenen Amis das Spiel. Das Bemerkenswerte dabei war, mit welcher Leidenschaft beide Mannschaften zur Sache gingen, Spieler wurden über die Bande geschmissen, man hatte nicht das Gefühl, dass es hier um einen sportlichen Wettbewerb ging. Es ging um Politik.

So wie gestern Abend beim europäischen Gesangswettbewerb ESC. Gewinnerin wurde die Sängerin Jamala, die eigentlich Susana Dschamaladinowa heißt. Sie kam 1983 in Kirgisien zur Welt, und ihr Siegerlied „1944“ handelt von der Vertreibung ihrer Urgroßmutter, die zur tatarischen Bevölkerungsgruppe gehörte, nach Zentralasien. Auf Befehl Stalins. Vertreibung von der Krim. Nichts gegen das Lied an sich, aber man muss ziemlich naiv sein, zu glauben, das Ergebnis der Entscheidung des europäischen Publikums gestern Abend sei das eines Komponistenwettbewerbs gewesen. Zu unübersehbar sind die Bezüge zur aktuellen Situation der geschundenen Ukraine, zur von Russland wieder einverleibten Krim, von rund 7.000 toten Ukrainern, getötet von russischen Söldnern mit russischen Waffen in ihrem eigenen Land. Ich habe keinen Zweifel, dass sich besonders viele Osteuropäer gestern vor den Fernsehgeräten ähnlich gefühlt haben wie ich. Die Ukraine hat gewonnen. Mit Gesang, nicht mit Gewehren und Panzern. Mit Gewalt könnten sie es nicht schaffen gegen den osteuropäischen Hegemon, der das Völkerrecht nach Belieben mit Füßen tritt. Aber mit etwas Belanglosem, wie einem internationalen Schlagerwettbewerb, bei dem das immer gern zitierte „Volk“ gezeigt hat, wie es denkt und fühlt. War ein schöner Abend gestern. Journalisten haben eben auch Gefühle.

Die Volksabstimmung als ein pervertiertes System

Holland hat gesprochen: 64 Prozent von 32 Prozent sagten „Nee“ zu einem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine. Interessant sind dabei drei Feststellungen.

Erstens: Nur 32 Prozent der Wahlbürger in unserem sympathischen Nachbarland haben an der Volksabstimmung überhaupt teilgenommen. 68 Prozent war das Thema offenbar völlig schnuppe. Selbst die Organisatoren räumten ein, dass es ihnen bei der Abstimmung nicht um die arme Ukraine geht, sondern um eine Klatsche für die Europäische Union angesamt.

Zweitens: Drei EU-feindliche Organisationen haben das Volksbegehren „gewonnen“. Wenn man zu demokratischen Mitteln greift, darf man EU-feindlich sein. Immer mehr Menschen sind offenbar EU-feindlich in der EU. Immer mehr EU-feindliche Parteien feiern Wahlerfolge. Sollte man sich nicht mal mit der Frage beschäftigen, warum das so ist? Läuft vielleicht etwas falsch in der EU? Oder gibt es grundsätzliche Strukturfehler? Ich meine ja.

Drittens: Überall in Europa gibt es Probleme. Da sind Länder, die hoffnungslos überschuldet sind. Da gibt es Länder (Ost), die gern von den Vorteilen des freien Marktes und von satten Subventionen aus Brüssel profitieren, aber wenn Hunderttausende Flüchtlinge vor der Tür stehen, sind sie alle weg. Und da gibt es andere Länder (West), die große Reden von Humanität und Moral halten, ohne ihre eigenen Bevölkerungen in dieser Politik „mitzunehmen“. Da gibt es England, in dem viele von „Brexit“ reden, ohne mal den Taschenrechner zu benutzen und nachzurechnen, wie dramatisch die britische Volkswirtschaft unter einem Austritt aus der Europäischen Union leiden würde. Und es gibt Heerscharen muslimischer Extremisten und Terroristen, die inzwischen innerhalb der EU leben, agitieren und zunehmend Gewalttaten vorbereiten und begehen.

Über viele Jahre war die EU eine schöne Idee. Freizügigkeit, Völkerverständigung, offene Grenzen, gemeinsame Wertvorstellungen, wachsende soziale Standards, freier Handel. Doch der Himmel über der EU wird immer dunkler, obwohl viele Länder – besonders Deutschland – von dieser großartigen Idee nach wie vor profitieren.

Was sind die Lehren der Abstimmung in den Niederlanden? Die Machthaber in Moskau klatschen sich auf die Schenkel, weil ihre linken und rechten „Querfront“-Hilfstruppen ganze Arbeit geleistet haben. Für den mühsamen Weg der Ukraine nach Westen und in die Selbstbestimmung ist diese Volksabstimmung ein ganz schlechtes Zeichen, auch wenn das Referendum nicht bindend für die holländische Regierung ist.

Vor allem aber zeigt die Abstimmung in den Niederlanden die Fragwürdigkeit solcher Abstimmungen, die ja von Vielen als Ausweis eines großartigen Demokratieverständnisses angesehen wird. Noch mal zur

Erinnerung: 27 EU-Länder haben dem Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zugestimmt. Das holländische Parlament und die Regierung auch. Dann mobilisieren EU-Gegner eine Volksabstimmung, von der sie selbst sagen, dass sie das Thema nur vorgeschoben haben und eigentlich einen ganz anderen Zweck verfolgen. Dann stimmen nur ganze 18 Prozent der Wahlberechtigten im einwohnermäßig kleinen Nachbarstaat mit Nein und damit wird wohlmöglich die ganze EU in der Ukraine-Frage gelähmt? Ist das Demokratie, wie wir sie wollen? Das Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine, um das es bei der „Volksabstimmung“ ging, umfasst 300 Seiten. Wie viele Menschen in den Niederlanden, die dazu ihre Meinung sagen sollten, haben den Vertrag gelesen? Direkte Demokratie geht anders.

Ich bin dafür, dass es Wege direkter Demokratie auch in Deutschland gibt. Aber Volksabstimmungen – das zeigt das aktuelle Beispiel – sind oft Mittel zum Zweck, um Denkkzettel zu verteilen, nicht um Themen sachgerecht zu entscheiden. Auch das darf ein Volk natürlich. Aber ist es der Sinn der Sache? Bei der Debatte um die Staatsschuldenkrise und die Zukunft des Euro vor einigen Jahren forderten Kommentatoren und Politiker eine Volksabstimmung über die Zukunft des Euro. Welcher Bundesbürger von den über 50 Millionen Wahlberechtigten hätte in einer solchen Abstimmung über Fragen von Geldwert und internationalem Finanzsystem eine sachgerechte Entscheidung treffen können? Wie viele Leute, die keine Ahnung von Währung haben, hätten einfach nur abgestimmt, weil sie zum Beispiel Frau Merkel als Bundeskanzlerin los werden wollten? Um dann anschließend mit dem stabilen Euro ihren Sommerurlaub zu buchen...

Die Ukraine hat nie eine Chance gehabt - aber wer hätte überhaupt eine?

Seit Russlands Führer Wladimir Wladimirowitsch Putin beschlossen hat, die Ukraine unter Kontrolle zu bringen und dem gesamten Westen eine Lektion zu erteilen, ist die Angelegenheit entschieden gewesen. Umso tragischer, dass mindestens 5.000 Menschen dafür mit ihrem Leben bezahlen mussten. Die Annexion der Krim und die Unterstützung der „Separatisten“ durch die Streitkräfte der Russischen Föderation mit Soldaten und militärischem Nachschub – das war nur möglich, weil sich Putin absolut sicher sein konnte, dass der Westen weitgehend untätig zusehen würde. Klar, ein paar russische MillionärsGattinnen können derzeit in Paris keine Schuhe mehr kaufen, aber eine kraftvolle Reaktion sieht anders aus. Dass die Sanktionen Russland wenigstens ein bisschen zu schaffen machen, hängt damit zusammen, dass die Energiepreise weltweit so niedrig sind. Alles zusammen schadet Russland, die Staatsrücklagen schrumpfen, der Rubel hat fast die Hälfte seines Wertes verloren. Aber all das wird auf die Situation in der Ukraine keine Auswirkungen haben. „Der Drops ist gelutscht“, nennt der Volksmund sowas, oder „die Messe ist gelesen“. Würde Putin morgen beschließen, auch die Westukraine einzukassieren – was würden wir, was würde die EU, der Westen oder die Weltgemeinschaft tun? Ich prognostiziere: Nichts! Null! Nada! Ein paar Proteste, ein paar nutzlose Konferenzen und noch ein paar

Reisebeschränkungen für Oligarchen und Politiker. Aber keiner wäre bereit, einen Finger für die Ukraine zu rühren. So nüchtern, so empathiefrei muss man das leider beurteilen.

Ich bin übrigens auch dagegen, dass der Westen in irgendeiner Form militärisch in der Ukraine eingreift. Ich sage das nur, weil man heutzutage leicht zum Kriegstreiber ernannt wird, wenn man für das Recht eines souveränen Staates plädiert, sich gegen eine Aggression zu verteidigen. Aber ich möchte empfehlen, dass sich „der Westen“ und damit insbesondere auch Deutschland jetzt einmal selbstvergewissern: Was sind wir bereit, überhaupt noch zu tun? Würden wir tatsächlich für Lettland in den großen Krieg ziehen, wenn der NATO-Verteidigungsfall einträte? Ja, ja, ich weiß, wir müssten ja wegen des Beistandsvertrages. Aber würde die Bundeswehr in einem solchen Fall gegen Russland aufmarschieren? Wären die Franzosen dabei und die Italiener, die Holländer und die Norweger? Das Versagen des Westens in der Ukraine-Krise wirft die Grundsatzfrage auf: Würden wir für überhaupt etwas Krieg führen? Würden wir unser eigenes Land noch mit Waffen verteidigen wollen? Könnten wir es überhaupt - mit fünf einsatzfähigen Marine-Hubschraubern? Oder würden wir uns jedem und allem unterwerfen, um nur bloß einen Krieg zu vermeiden? Das ist eine Frage, um die sich alle Verantwortlichen herumdrücken. Wir haben uns an Dolce Vita gewöhnt, wir streiten uns um „Ampelmännchen“ und Kita-Plätze, wir wollen gute Geschäfte mit Ländern wie Russland machen. Aber um welchen Preis? Was wird die Lehre aus dem entschlossenen, ja zynischen Vorgehen Putins in der Ukraine sein? Werden wir unsere Streitkräfte modernisieren? Werden unsere gewählten Vorturner den Deutschen sagen, dass Freiheit einen Preis haben kann? Werden wir der Propaganda-Offensive aus Moskau medial etwas entgegen setzen? Werden wir wenigstens über diese Dinge sprechen? Oder werden wir unseren Sommerurlaub planen und hoffen, dass schon nichts mehr passieren wird?